

Atypische Beschäftigung: Wenig Geld bei wenig Sicherheit	2
Gender: Frauen - Allein gelassen mit Ernährerrolle	3
Europäische Union: Ein Stabilitätspakt für Europas Sozialstaaten	4
Eurokrise: Euro fördert deutsches Wachstum	5
Haushaltspolitik: Zu viel Sparen kann teuer werden	6
Arbeitszeit: Fast ein Drittel arbeitet abends	7
TrendTableau	8

ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG

Unsichere Dienstleistungsarbeit

Unsichere Arbeitsverhältnisse haben sich gerade im Dienstleistungssektor ausgebreitet. Dass Dienstleistungs-Jobs oft prekär sind, liegt aber nicht in der Natur der Sache, sondern an fehlender Regulierung.

Die Dienstleistungsbranchen gewinnen gegenüber der Industrie immer mehr an Bedeutung, heute sind hier fast Dreiviertel der Beschäftigten tätig. Doch „ein Großteil der Beschäftigungsexpansion“ entfiel auf häufig schlecht bezahlte Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Solo-Selbstständige und befristet Beschäftigte, wie Gerhard Bosch und Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) schreiben.*

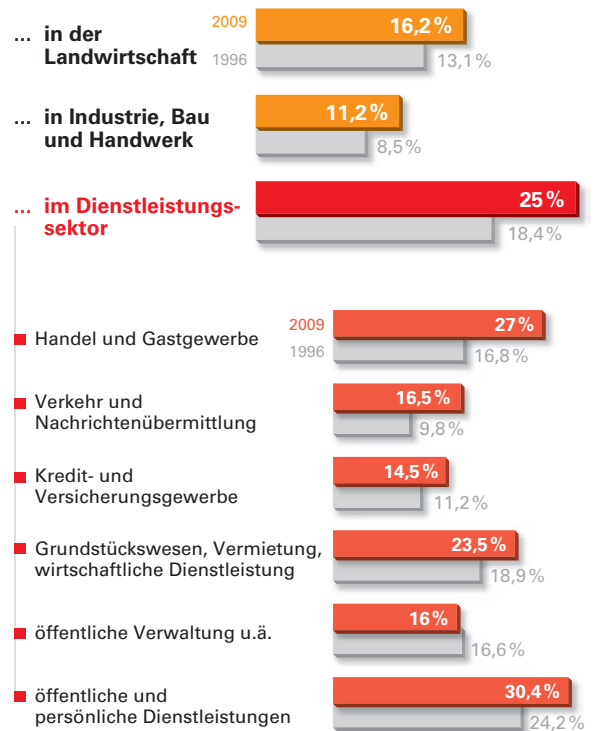
2009 war fast jedes vierte Arbeitsverhältnis in Deutschland ein atypisches, wobei nur Teilzeitarbeit mit weniger als 20 Wochenstunden unter diese recht enge Definition fällt. 1996 war erst ein knappes Fünftel der Jobs atypisch. Nach den Berechnungen der Wissenschaftler gehen über 90 Prozent der Zunahme auf den Dienstleistungssektor zurück. Eine einfache Erklärung wäre: Im Dienstleistungssektor gibt es weniger Möglichkeiten, durch Rationalisierung hohe Produktivitäts- und Ertragssteigerungen zu erzielen. Deshalb können Unternehmen hier zwangsläufig weniger Gehalt und Beschäftigungssicherheit bieten als die Industrie.

Diese These hielt einer näheren Überprüfung der IAQ-Forscher aber nicht stand: Internationale Vergleiche zeigten, dass Dienstleistungsarbeit nicht automatisch mit schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden ist. So ist etwa der große Lohnabstand zwischen Industrie- und Servicebeschäftigten ein ausschließlich deutsches Phänomen – bei den durchschnittlichen Stundenlöhnen beträgt er hierzulande 6,60 Euro, während der Unterschied beispielsweise in Frankreich nur 60 Cent ausmacht. Zudem sind Beschäftigte des Service-Sektors in vielen anderen Ländern sozial besser abgesichert.

Die Qualitätsunterschiede zwischen Industrie- und Dienstleistungs-Jobs in Deutschland sind dem IAQ zufolge vor allem das Resultat von Regulierungsdefiziten: Anders als in den meisten Nachbarländern fehle ein gesetzlicher Mindestlohn ebenso wie allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge – wobei Letztere beispielsweise im Einzelhandel bis vor zehn Jahren noch üblich waren. Zudem mangle es an effektiven Maßnahmen gegen Lohndiskriminierung, etwa wirksame Equal-Pay-Regelungen für Leiharbeiter. Ein weiteres grundsätzliches

Atypische Jobs weit verbreitet

Ein atypisches Beschäftigungsverhältnis hatten von allen Beschäftigten ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Problem sehen die Wissenschaftler darin, dass die Mittel für Gesundheits- und Bildungs-Dienstleistungen oft nicht ausreichen. Problematische Arbeitsverhältnisse seien hier letztlich eine Folge unterfinanzierter öffentlicher Haushalte und Sozialversicherungen. Schließlich sei es „zwingend notwendig“, eine weitere deutsche Besonderheit abzuschaffen, die sicherer Arbeit im Wege steht: die Minijobs. ◀

* Quelle: Gerhard Bosch, Claudia Weinkopf: Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor, in: WSI-Mitteilungen 9/2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Wenig Geld bei wenig Sicherheit

Teilzeit, Leiharbeit, befristet, Minijob – viele Menschen in solchen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten ohne auskömmliche Bezahlung. Fast jeder zweite atypisch Beschäftigte muss mit einem Niedriglohn über die Runden kommen.

Die Zahl der schlecht bezahlten Arbeitsplätze ohne verlässliche Absicherung war lange rückläufig. Bis in die 1970er-Jahre wechselten viele kleine Selbstständige oder landwirtschaftliche Hilfskräfte in größere Betriebe mit besserer Bezahlung und höherer Beschäftigungssicherheit. Der unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitjob wurde für Männer, die die große Mehrheit der Erwerbstätigen stellten, zur Beschäftigungsnorm der Industriegesellschaft – inklusive Dienstleistungssektor. Doch der Trend kehrte sich wieder um: Mit der zunehmenden Bedeutung der Dienstleistungen ist das so genannte Normalarbeitsverhältnis nach und nach ins Hintertreffen geraten. Diese Entwicklung dokumentieren Gerhard Bosch und Claudia vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ).*

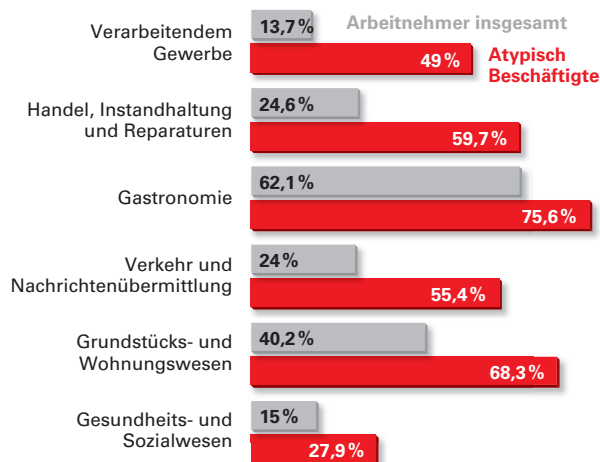
In den vergangenen 20 Jahren ist der Anteil der Dienstleistungen an der Gesamtbeschäftigung um fast 14 Prozentpunkte gestiegen – in der Industrie ging die Beschäftigung im gleichen Umfang zurück. Knapp 74 Prozent der Beschäftigten arbeiten heute in Dienstleistungsunternehmen. Gleichzeitig wuchs die Zahl atypischer Arbeitsverhältnisse – und, seit Mitte der 1990er-Jahre, die Niedriglohnbeschäftigung.

Dienstleistung, atypischer Job, Niedriglohn. Diese drei Elemente treffen häufig zusammen. So gilt etwa für 85 Prozent aller Minijobber in der Gastronomie: Ihr Stundenlohn beträgt weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttoverdienstes und liegt damit unter der Niedriglohnschwelle. Während im Verarbeitenden Gewerbe knapp jeder Zweite atypisch Beschäftigte – Teilzeitkräfte mit unter 20 Wochenstunden, befristet Angestellte, Minijobber oder Leiharbeiter – für einen Niedriglohn arbeitet, liegt die Quote in vielen Dienstleistungsbranchen deutlich höher. Bei 76 Prozent im Gastgewerbe, bei 68 Prozent in der Immobilienbranche, bei 60 Prozent im Handel und 55 Prozent im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

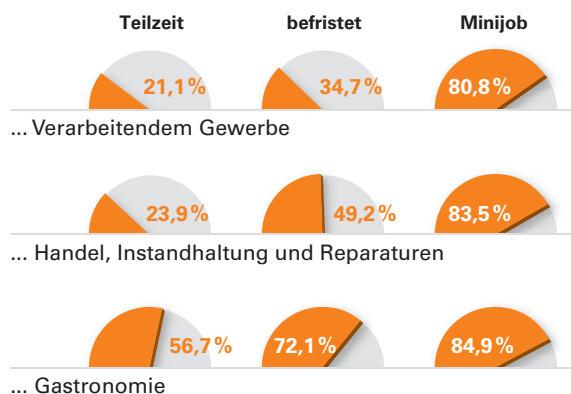
Atypische und niedrig entlohnte Beschäftigung führen nicht immer zu prekären Lebensverhältnissen – aber oft. Gering bezahlte Beschäftigung habe in den vergangenen Jahrzehnten bei steigender Frauenerwerbsquote „als eine Art eingebauter Deregulator des traditionellen gut bezahlten Normalarbeitsverhältnisses gewirkt“, schreiben Bosch und Weinkopf. Frauenarbeit sei lange lediglich als Zusatzstätigkeit verstanden worden. Entsprechend seien niedrige Löhne, wie sie etwa bei geringfügiger Beschäftigung oder Teilzeitstellen verbreitet sind, nicht als Problem wahrgenommen worden. Schließlich war für die eigentliche Existenzsicherung ja der im Normalarbeitsverhältnis tätige Hauptnährer zuständig. Auch heute werde noch häufig argumentiert, dass viele atypisch Beschäftigte ja anderweitig abgesichert sein, so die IAQ-Forscher.

Atypisch und schlecht bezahlt

Für einen Niedriglohn arbeiteten 2006 in ...



Atypisch Beschäftigte bekamen je nach Arbeitsverhältnis einen Niedriglohn in ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Empirische Untersuchungen machen jedoch deutlich, dass dieses Argument in vielen Fällen nicht greift. So leben in gut einem Drittel der Haushalte von atypisch Beschäftigten keine weiteren Erwerbstätigen. In knapp jedem zehnten der Haushalte lebt zwar ein weiterer Erwerbstätiger, dieser ist aber ebenfalls atypisch beschäftigt. In die gleiche Richtung weist der Befund, dass in Westdeutschland 30, im Osten 40 Prozent der so genannten Aufstocker weniger als fünf Euro pro Stunde bekommen. Zwischen Niedriglohn und Bedürftigkeit, sprich Hartz-IV-Anspruch besteht also ein enger Zusammenhang.

Um die Prekaritätsrisiken von Arbeitnehmern zu verringern, empfiehlt das IAQ eine Re-Regulierung des Arbeitsmarkts, die die Sicherheiten des Normalarbeitsverhältnisses wiederherstellt. Ein generelles Zurück zur alten Arbeitsteilung der Industriegesellschaft ist damit aber nicht gemeint: Das „neue Normalarbeitsverhältnis“ solle zwar grundsätzlich weiter auf Vollzeitarbeit basieren, aber „Optionen zur Unterbrechung oder Verringerung der Erwerbstätigkeit in Phasen der Erziehung, Pflege oder Weiterbildung“ bieten. ◀

* Quelle: Gerhard Bosch, Claudia Weinkopf: Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor, in: WSI-Mitteilungen 9/2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Frauen: Allein gelassen mit Ernährerrolle

Bei Paaren mit Kindern geht die deutsche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von einer traditionellen Rollenverteilung aus. Doch Mütter übernehmen zunehmend auch die finanzielle Verantwortung für ihre Familie.

In fast jeder fünften Familie erwirtschaften inzwischen Frauen den Löwenanteil des Familieneinkommens; mehr als die Hälfte von ihnen, weil sie als Alleinerziehende den Lebensunterhalt für die Kinder bestreiten – die anderen, weil sie mehr Geld verdienen als ihr Partner. Zwei Forscherinnenteams haben die Situation der so genannten Familienernährerinnen mittels einer gründlichen Datenanalyse und ausführlicher Interviews untersucht. Viele sind unfreiwillig in diesen Status hineingerutscht, etwa weil ihr Partner arbeitslos oder erwerbsunfähig ist.

Die Probleme, die erwerbstätige Frauen häufig haben, wirken sich bei Familienernährerinnen besonders stark aus: Sie haben in der Regel ein niedrigeres Einkommen und kürzere Arbeitszeiten als der Durchschnitt aller Arbeitnehmer. Sogar jeder Partner in einer egalitär verdienenden Ehe erzielt ein höheres Einkommen als eine Familienernährerin.

WSI-Forscherin Christina Klenner, Ute Klammer, Professorin an der Universität Duisburg-Essen, und Svenja Pfahl vom SowiTra Berlin haben aus ihren Untersuchungen nun an die Politik gerichtete Vorschläge* abgeleitet, um die Situation der Familienernährerinnen – und vieler anderer erwerbstätiger Mütter – zu verbessern:

Arbeitsmarkt. Das Gros der befragten Familienernährerinnen wünscht sich eine sichere und ausreichend bezahlte Beschäftigung von 30 bis 35 Stunden in der Woche. Zusätzlich sollte es in solchen modifizierten Normalarbeitsverhältnissen möglich sein, die Arbeit flexibel zu gestalten und die Arbeitszeit auch vorübergehend zu reduzieren oder aufzustocken, empfehlen die Forscherinnen.

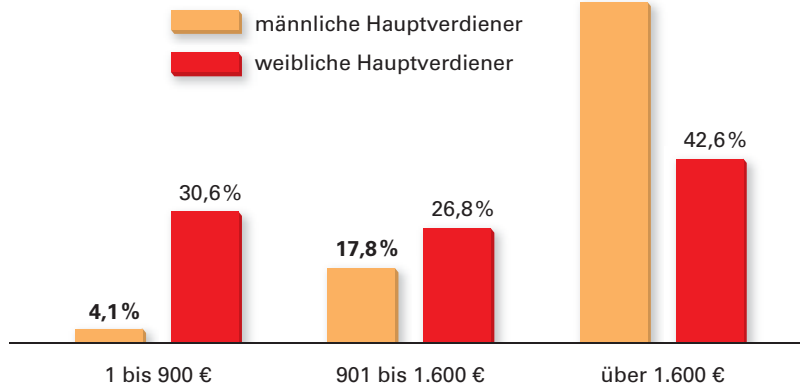
Einkommen. Viele Frauen arbeiten in Gesundheits- und Sozialberufen, die oft als Helferinnen- oder Assistentinnen-Tätigkeiten ausgestaltet und damit unterbewertet sind. Die Autorinnen sprechen sich dafür aus, diese typischen Frauenjobs aufzuwerten, unter anderem mit Hilfe diskriminierungsfreier Arbeitsbewertungssysteme. Ein Mindestlohn würde Familienernährerinnen im unteren Einkommensbereich nutzen.

Sozialpolitik. Besondere Bedeutung messen die Wissenschaftlerinnen einer besseren Arbeitsvermittlung von Frauen mit Kindern bei: Anstelle befristeter Ein-Euro- oder prekärer Jobs sollten Grundsicherungsstellen Müttern den Übergang in eine existenzsichernde Beschäftigung ermöglichen.

Arbeitsbedingungen. Familienernährerinnen klagen häufig über fehlende Rücksicht ihrer Vorgesetzten. Insbesondere Führungskräfte gelte es daher zu sensibilisieren – auch dafür, dass einige Männer inzwischen von den traditionellen Rol-

Familienernährerin trotz geringen Einkommens

In Paarhaushalten verdienen ...



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel, Daten für 2007, Berechnungen Brehmer, Klenner, Klammer 2010
© Hans-Böckler-Stiftung 2011

lenvorstellungen abweichen. Es gelte, mehr Unternehmen für die familiengerechte Gestaltung der Arbeit für alle Beschäftigten zu gewinnen.

Kinderbetreuung. Ein Großteil der Betreuungsangebote deckt lediglich einen halben Tag ab – zugeschnitten auf eine höchstens zuverdienende Mutter. Auch Schulen setzen in der Regel voraus, dass Eltern ihre Kinder nachmittags beim Lernen unterstützen. Aus Sicht der Familienernährerinnen seien mehr Ganztagsangebote nötig, so Klammer, Klenner und Pfahl. Aber auch mehr Gestaltungsspielraum bei der zeitlichen Nutzung von Kitas sei dringend nötig.

Geschlechterrollen. Beide Geschlechter sind noch nicht hinreichend darauf vorbereitet, sich auf nicht-traditionelle Paararrangements einzulassen, stellen die Forscherinnen fest. Insbesondere Männer, die sich durch Verlust der Ernährerrolle oft in ihrer Männlichkeit „verletzt“ fühlen, bräuchten alternative Leitbilder – zum Beispiel das des aktiven Vaters.

Bei all diesen Vorschlägen gehe es nicht darum, Frauen und Männer durchgehend in einen Vollzeitjob zu zwingen und ihre Kinder weitgehend in der Obhut von Kitas und Schulen aufwachsen zu lassen, betonen Klammer, Klenner und Pfahl. „Vielmehr sollen beide Geschlechter die Option haben und entsprechende Rahmenbedingungen dafür vorfinden, ihre Erwerbsaufgaben mit ihren Fürsorgeaufgaben vereinbaren zu können, ohne dass es dadurch zu gravierenden beruflichen, einkommens- oder rentenbezogenen Nachteilen für sie kommt.“ ◀

* Quelle: Ute Klammer, Christina Klenner, Svenja Pfahl: Frauen als Ernährerinnen der Familie: Politische und rechtliche Herausforderungen, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zeit für Verantwortung im Lebensverlauf – Politische und rechtliche Handlungsstrategien, Berlin und München 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Ein Stabilitätspakt für Europas Sozialstaaten

Mit der Wirtschaftskrise haben die Staaten Europas enorme Schulden aufgehäuft. Viele Sparprogramme sehen Einschnitte bei den Sozialleistungen vor. Eine Koordinierung der EU-Sozialsysteme könnte unzumutbaren Härten vorbeugen.

Wenn bestimmte Schwankungsbreiten für die Sozialhaushalte europaweit festgeschrieben würden, ließen sich ein Anstieg der Armut und ein „race to the bottom“ zwischen den EU-Mitgliedern verhindern. Dies ist die Grundidee des in den 1990er-Jahren entwickelten Korridormodells von Klaus Busch, Politikprofessor an der Universität Osnabrück.*

Es setzt die Sozialleistungen mit der Wirtschaftskraft eines Landes in Beziehung – und definiert so einen Korridor, innerhalb dessen die Sozialausgaben dem Wohlstand eines Landes angemessen sind. Die rein quantitative Betrachtung entspricht einem empirisch nachweisbaren Zusammenhang: Die Qualität der Sozialleistungen lässt sich im Wesentlichen nur durch höhere Ausgaben steigern.

► Konzept gegen Sozialdumping zwischen den EU-Mitgliedern

Derzeit, da unter anderem Länder wie Irland und Großbritannien als Reaktion auf die Wirtschaftskrise tiefe Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme vornehmen, sei eine Koordinierung auf europäischer Ebene besonders dringend erforderlich, so der Politologe. Das Konzept könne Sozialdumping zwischen den Staaten vermeiden und sozialstaatliche Aufholprozesse der schwächer entwickelten Staaten ermöglichen.

Ein entscheidender Vorteil: Es würden nur die Sozialleistungsquoten reguliert, also der relative Anteil der Sozialausgaben an der Wirtschaftsleistung. So entscheiden die einzelnen Staaten weiterhin selbst, welche Leistungen sie konkret anbieten wollen.

Busch hat sein Modell ständig weiterentwickelt – und nun einen neuen Indikator gefunden, um die Angemessenheit der Sozialleistungen zu messen: die Sozialschutzausgaben pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) im Vergleich zum Pro-Kopf-Einkommen in KKS. Daraus ergibt sich eine im Zeitablauf stabile Kennzahl, die das Niveau der sozialen Sicherheit verlässlich wiedergibt.

Mit Hilfe des neuen Indikators lässt sich ein Korridor für alle Staaten festlegen. Innerhalb dieses Korridors dürften

Ungleiche soziale Standards in Europa

Die Höhe der Sozialleistungen in Abhängigkeit vom ökonomischen Entwicklungsniveau* liegt in den EU-Staaten ...



* Sozialausgaben pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) in Abhängigkeit vom Pro-Kopf-Einkommen in KKS, ohne Luxemburg

Quelle: Eurostat, Berechnungen Busch 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

die Sozialschutzausgaben schwanken. Über seine Schwankungsbreite – 10, 15 oder 20 Prozent – wäre politisch zu entscheiden.

Bei einer Bandbreite von 20 Prozent würden auf Basis der Werte für 2007 Schweden, Frankreich, Portugal, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien den Korridor nach oben überschreiten, hätten also überdurchschnittliche Sozialausgaben. Als Länder mit unterdurchschnittlichen Sozialausgaben lassen sich Irland, Großbritannien, Spanien, Zypern, Malta, Tschechien, Estland, Litauen und Lettland identifizieren.

Bei der Umsetzung des Korridormodells wären allerdings einige Probleme zu berücksichtigen:

Differenz von Brutto- und Nettogrößen. Die EU-Staaten belegen ihre Sozialleistungen in unterschiedlichem Maße mit Beiträgen und Steuern. Das Korridormodell müsste neben den direkten Steuern und Beiträgen auch die indirekten Steuern und alle Steuerbegünstigungen für soziale Zwecke berücksichtigen, um vergleichbare Werte zu erhalten.

Konjunkturelle Verzerrungen. Bei der Ermittlung des Pro-Kopf-Einkommens in Kaufkraftstandards wäre ein Verfahren zu wählen, das unempfindlich gegenüber konjunkturellen Schwankungen ist. Denn in Zeiten des Booms liegt das Pro-Kopf-Einkommen höher als in der Krise. Die Schätzung des potenziellen Outputs ist allerdings mit großen methodischen Unsicherheiten behaftet, so Busch. Er lässt offen, mit welchem Verfahren sich Verzerrungen am besten minimieren ließen.

Unterschiedliche Einkommensquellen. Von Land zu Land variiert, wie viel die Empfänger der Leistungen, die Unternehmen und der Staat zur Finanzierung von Sozialleistungen beitragen. Beispielsweise sind Arbeitgeber in vielen osteuropäischen Ländern überdurchschnittlich, Arbeitgeber in Dänemark hingegen weit unterdurchschnittlich belastet. In 9 von 27 EU-Staaten unterschreitet der Finanzierungsanteil der Unternehmen den Wert von 35 Prozent; Deutschland liegt mit 34,9 Prozent knapp darunter.

Der Politikprofessor empfiehlt, für den Arbeitgeberanteil einen Zielkorridor von 35 bis 45 Prozent zu vereinbaren. Denkbar wäre auch, die gesamte Steuer- und Abgabenbelastung des Unternehmenssektors europaweit zu koordinieren. ◀

* Quelle: Klaus Busch: Das Korridormodell – relaunched.
Ein Konzept zur Koordinierung wohlfahrtsstaatlicher Politiken in der EU,
Friedrich Ebert Stiftung, Juli 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Europa: Konzepte für mehr soziale Koordinierung

Für die Koordinierung der Wohlfahrtsstaaten auf EU-Ebene liegen außer dem Korridormodell weitere, sehr unterschiedliche Konzepte vor.

Offene Methode der Koordinierung. Dieses Verfahren wendet die EU bereits an. Es sieht vor, über nationale und regionale Aktionspläne gemeinsame Leitlinien umzusetzen.

Bislang haben die Staaten dadurch zwar vermehrt Informationen und Erfahrungen ausgetauscht, lobt Klaus Busch. Ob sie Empfehlungen umsetzen, entscheiden allerdings allein die nationalen Regierungen. Damit reiche die Methode nicht aus, um eine parallele Entwicklung von ökonomischem und sozialem Fortschritt in der EU zu gewährleisten.

Mindeststandards. Mindestvorschriften für soziale Standards gehören zu den am häufigsten genannten Vorschlägen zur Regulierung der Wohlfahrtsstaaten.

Diese eignen sich jedoch nur bei einer ökonomisch weitgehend homogenen Staatengruppe, so Busch. In der EU wäre dieser Ansatz zweifach gefährlich: Ein zu hohes Niveau würde ärmere EU-Staaten überfordern – und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Zu niedrige Standards könnten reichere Länder dazu verleiten, ihre Leistungen abzubauen.

Sozialschlange. Der Vorschlag der beiden Belgier Michel Dispersyn und Pierre van der Vorst legt für jede soziale Leistung ein mittleres EU-Niveau fest. Staaten mit einer positiven Abweichung dürften ihre Sozialleistungen nur steigern, wenn sie Gelder an Staaten mit einer negativen Abweichung überweisen. Mit der Zeit würden die wohlfahrtsstaatlichen Niveaus harmonisiert.

Dem Grundgedanken der Idee sei zwar zuzustimmen. Sie ließe sich allerdings politisch nur schwer umsetzen, wendet der Politikprofessor ein.

EUROKRISE

Euro fördert deutsches Wachstum

Mit einer eigenen Währung und Notenbank wäre Deutschlands Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahren um 50 bis 60 Milliarden Euro weniger gewachsen. Das ergibt eine Modellrechnung der Förderbank KfW.

Die Volkswirte der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) rechneten Ende Juni 2011 für den Zeitraum vom 3. Quartal 2009 bis zum 2. Quartal 2011 durch, wie sich die Konjunktur mit einer Rückkehr zur D-Mark entwickelt hätte.* Die Berechnung der KfW-Ökonomen beruht auf der Annahme, dass auch alle anderen Euroländer wieder zu einer nationalen Währung zurückgekehrt wären.

In diesem Szenario hätte die D-Mark um 10 bis 20 Prozent aufgewertet – eine moderate Annahme, betonen die Ökonomen. Wie das Beispiel des Schweizer Franken zeige, könne die Währung eines Landes mit prosperierender Wirtschaft bei Krisen in anderen Ländern viel deutlicher an Außenwert gewinnen. Bei einer Aufwertung der Mark von 15 Prozent wäre das Wachstum in zwei Jahren um 1,7 Prozentpunkte geringer ausgefallen, weil der Export deutlich gelitten hätte.

Auch die Zinsen wären im betrachteten Zeitraum höher gewesen, hätte sie die Bundesbank allein mit Blick auf die deutsche Situation festgelegt. Die KfW-Volkswirte gehen da-

von aus, dass die Notenbankzinsen um 1 bis 1,5 Prozentpunkte höher ausgefallen wären. Ein Anstieg des Leitzinses um 1,25 Prozentpunkte hätte das Wirtschaftswachstum um weitere 0,6 Prozentpunkte gedämpft.

Rein rechnerisch wäre die deutsche Wirtschaft bei einer Rückkehr zur D-Mark in zwei Jahren also real um 2,3 Prozentpunkte weniger gewachsen. Da der Zinseffekt in der Modellannahme erst im zweiten Jahr anfällt, gehen die Ökonomen von einer Bandbreite von 2 bis 2,5 Prozentpunkten aus. Das wären zwischen 50 und 60 Milliarden Euro.

Seit dem Zeitpunkt der Modellrechnung wurden einige Wachstumswahlen aktualisiert, merken die Autoren an. Daher können sich Euro- und Prozentangaben im Detail ändern. Die Grundaussage bleibe aber bestehen: Der Euro hat Deutschland in den letzten Jahren Milliarden gebracht. ◀

* Quelle: KfW Bankengruppe: Abschätzung des quantitativen Vorteils des Euro für Deutschland gegenüber einer fiktiven D-Mark, 1. Juli 2011,
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Zu viel Sparen kann teuer werden

Die geplanten Sparprogramme könnten die Wirtschaftsentwicklung in einigen Euro-Ländern stärker bremsen, als die Regierungen einkalkuliert haben. Das geht aus der Modellrechnung eines Ökonomen des Internationalen Währungsfonds hervor.

Finanzpolitiker in vielen Ländern stehen nach der globalen Wirtschaftskrise vor einem Dilemma: Einerseits müssten die Staaten sparen, weil Bankenrettung und Konjunkturprogramme die Verschuldung in die Höhe getrieben haben. Andererseits können Ausgabenkürzungen die Konjunktur abwürgen. Daniel Kanda vom Internationalen Währungsfonds (IWF) hat ein ökonomisches Modell entwickelt, aus dem sich der Weg ableiten lässt, den die Finanzpolitik in verschiedenen Euro-Ländern voraussichtlich einschlagen wird.*

Die Berechnungen des Forschers machen deutlich: Mit den verkündeten Sparprogrammen könnte eine Reihe von Ländern eher übers Ziel hinausschießen als sich zu wenig um die Haushaltskonsolidierung kümmern. Falls die angestrebten Ausgabenkürzungen auch nur etwas stärker auf die Wirtschaft durchschlagen als erwartet, würde die Konjunktur mehr leiden, als die heutigen Regierungen eigentlich hinzunehmen bereit wären.

Kanda prognostiziert auf der Basis zahlreicher EU- und IWF-Daten die Entwicklung einer „Nachhaltigkeitslücke“ und einer „Produktionslücke“ – in Abhängigkeit von der Ausrichtung der Finanzpolitik im jeweiligen Land. Die Nachhaltigkeitslücke gibt an, wie weit die Politik hinter einer Haushaltsführung zurückbleibt, bei der die Schuldenquote langfristig nicht weiter steigen würde. Die Produktionslücke ist ein Maß dafür, wie weit die tatsächliche Güter- und Dienstleistungsproduktion dem möglichen Output bei voller Auslastung der Kapazitäten hinterherhinkt.

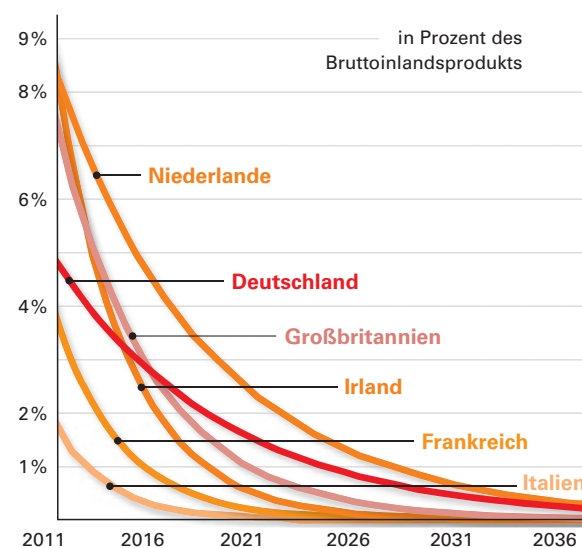
► **Wirtschaftswachstum wichtiger als Haushaltskonsolidierung**

Welche der beiden Lücken von der Regierung als die problematischere angesehen wird, ist von Land zu Land verschieden. Aus der Kombination von jeweiliger Wirtschaftslage und den Haushaltsbeschlüssen für 2011 leitet der Wissenschaftler ab, inwieweit die einzelnen Staaten bereit sind, zugunsten der Haushaltssanierung konjunkturelle Rückschläge hinzunehmen. Dabei zeigt sich, dass alle Regierungen der Konjunktur den Vorzug geben. Am größten ist die Bereitschaft, die Nachhaltigkeitslücke zu verkleinern und eine größere Produktionslücke hinzunehmen, noch in Italien, am geringsten in Deutschland. Dieses Ergebnis sei auf den ersten Blick überraschend, so Kanda, lasse sich aber erklären: Wegen der hohen Verschuldungsquote sei der Konsolidierungsdruck in Italien eben wesentlich höher als in Deutschland.

Sehr unterschiedlich sind der Prognose zufolge auch die Zeiträume, in denen die Nachhaltigkeitslücken voraussichtlich geschlossen werden. So dürfte Irland – das Land mit der

Europäer auf Konsolidierungskurs

So wird sich die Nachhaltigkeitslücke* voraussichtlich entwickeln in ...



*jährlicher Fehlbetrag im Haushalt, der die Schuldenquote weiter steigen lässt
Quelle: IWF 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

größten Finanzlücke, aber eins mit ambitionierten Sparplänen – etwa 20 Jahre brauchen, bis das Schuldenwachstum gestoppt ist. Dagegen könnte sich der Prozess in den Niederlanden und Deutschland 10 Jahre länger hinziehen. Im Falle Deutschlands liege das vermutlich daran, dass die Nachhaltigkeitslücke relativ klein ist und kein dringendes Problem darstelle. Am schnellsten gesunden nach Kandas Rechnung Frankreich und Italien.

Für alle sechs untersuchten Länder gilt: Die angekündigten Konsolidierungskurse sind recht ehrgeizig, sie lassen überall ein kontinuierliches Schrumpfen der Nachhaltigkeitslücke erwarten. Eine Gefahr, dass Regierungen die Haushaltssanierung für einige Jahre schleifen lassen, um dann mit umso größeren Anstrengungen auf den Konsolidierungspfad zurückkehren zu müssen, sieht der Ökonom nicht. Viel eher sorgt er sich um die Konjunktur: Wenn viele europäische Länder gleichzeitig die Staatsausgaben kürzen, könnte der negative Effekt auf das Wirtschaftswachstum stärker sein, als die Finanzplaner derzeit erwarten. In diesem Fall wären aber auch die angekündigten Sparprogramme Makulatur, weil die Regierungen eine Rezession vermutlich nicht tatenlos hinnehmen könnten.

Gustav Horn, der wissenschaftliche Direktor des IMK, folgert daher: Die europäischen Staaten täten besser daran, bei der Haushaltskonsolidierung von Anfang an etwas vorsichtiger zu Werke zu gehen. Horn verweist zudem auf eine weitere IWF-Studie.* 2003 hat das unabhängige Evaluationsbüro des Währungsfonds die Folgen von 133 IWF-Programmen zur Gesundung der Staatsfinanzen untersucht. Ergebnis: Die negativen Auswirkungen auf das Wachstum sind regelmäßig unterschätzt worden. ◀

* Quelle: Daniel Kanda: Modeling Optimal Fiscal Consolidation Paths in a Selection of European Countries, IWF Working Paper 164/2011; IWF: Fiscal Adjustment in IMF-Supported Programs, 2003
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Fast ein Drittel arbeitet abends

Ein großer Teil der Beschäftigten muss regelmäßig abends, nachts oder am Wochenende arbeiten.

Seit Mitte der 1990er-Jahre hält der Trend zu mehr Arbeit jenseits der gewöhnlichen Bürostunden an.

Ein freier **Samstag** ist für viele Arbeitnehmer alles andere als eine Selbstverständlichkeit. 2009 arbeiteten 40 Prozent der Beschäftigten in Deutschland regelmäßig samstags. Dieser Wert liegt sechs Prozentpunkte höher als 1995. Besonders bei Teilzeitbeschäftigten war die Zunahme der Samstagsarbeit ausgeprägt. Das geht aus einer Untersuchung des Ökonomen Dominik Hanglberger von der Universität Lüneburg hervor.* Die Datengrundlage seiner Studie bildet das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine jährlich wiederholte repräsentative Haushaltsbefragung.

Bei der **Sonntagsarbeit** konstatiert der Forscher eine ganz ähnliche Tendenz, lediglich das absolute Niveau liegt niedriger. Seit Mitte der 1990er-Jahre stieg der Anteil der Arbeitnehmer, die angeben, mindestens einmal pro Monat am siebten Tag der Woche zu arbeiten, um fünf Prozentpunkte auf 22 Prozent. Von der Zunahme waren Teilzeitbeschäftigte und Minijobber überdurchschnittlich betroffen.

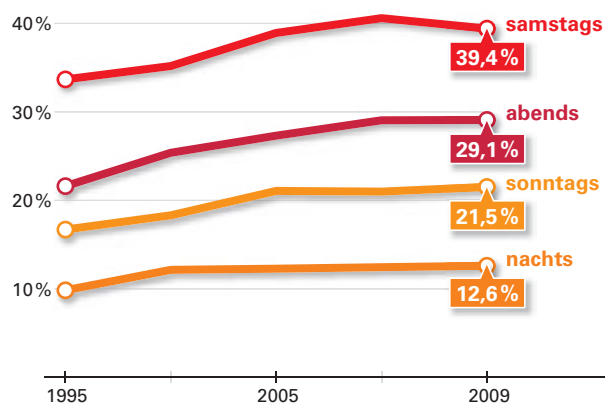
Besonders **abends** wird heute wesentlich mehr gearbeitet als 1995. Neben allgemeinen Erklärungsfaktoren für die Zunahme atypischer Arbeitszeiten, etwa dem gestiegenen Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung, dürfte hier ein Punkt eine besondere Rolle spielen: die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Von den Teilzeitbeschäftigten sind 22 Prozent regelmäßig zwischen 19 und 22 Uhr im Dienst. Anderthalb Jahrzehnte zuvor ging nur ein Zehntel der Teilzeitkräfte in den Abendstunden ihrer Erwerbsarbeit nach.

Die **Nachtarbeit** hat vor allem bis 2005 zugenommen. Seither stagniert die Quote der Beschäftigten, die sich regelmäßig zwischen 22 und 6 Uhr morgens ihr Brot verdienen müssen. Das sind knapp 13 Prozent der Arbeitnehmer.

Insgesamt sind es häufiger Vollzeitbeschäftigte als Arbeitnehmer mit geringfügigem oder Teilzeitjob, die zu untypischen

Über „nine to five“ hinaus

Von allen Beschäftigten müssen regelmäßig arbeiten ...



Quelle: Hanglberger 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

schen Zeiten arbeiten – auch wenn die Zunahme bei Jobs mit geringer Stundenzahl seit 1995 ausgeprägter war. Letztere nähern sich aber dem Niveau der Vollzeitbeschäftigten an, schreibt Hanglberger. Nur bei der Samstagsarbeit haben Teilzeitkräfte die voll Beschäftigten inzwischen überholt.

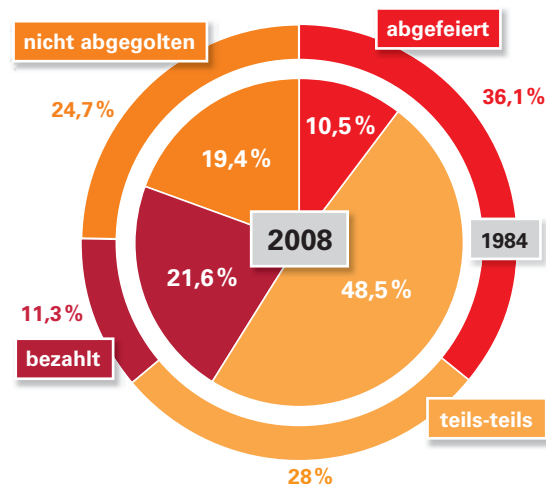
Männer waren im Beobachtungszeitraum häufiger außerhalb der Normalarbeitszeit berufstätig. Wobei sich die **Unterschiede zwischen den Geschlechtern** bei Samstags- und Sonntagsarbeit stark verringert haben. Hier liegen die Quoten 2009 nur um rund zwei Prozentpunkte auseinander. Deutlicher sind die Differenzen bei Abend- und Nachtarbeit. So sind Frauen nachts nur halb so häufig beruflich im Einsatz wie Männer.

Erwartungsgemäß spielt die **Branche** eine große Rolle: Am häufigsten mit untypischen Arbeitszeiten konfrontiert sind Beschäftigte in der Gastronomie. Besonders abends und nachts müssen viele Menschen im Transportgewerbe oder der Industrie arbeiten. Auch in der Gesundheitsbranche gehen die Arbeitszeiten häufig über nine to five hinaus. Vergleichsweise wenig Bereitschaft zur Arbeit außerhalb der üblichen Tageszeiten wird Bauarbeitern und Bankangestellten abverlangt.

Aus der SOEP-Befragung lassen sich nicht nur Rückschlüsse auf die Regelarbeitszeiten ziehen, sondern auch auf den Umgang der Unternehmen mit Mehrarbeit: Beim Ausgleich für **Überstunden** geht der Trend zu Mischformen, die sowohl das Abfeiern als auch die Auszahlung erlauben. Immer weniger Beschäftigte geben an, Überstunden ausschließlich abzufeuern. In einem Fünftel der Fälle werden Überstunden gar nicht abgegolten. ◀

Mehrarbeit öfter ausbezahlt

Überstunden wurden ...



Quelle: Hanglberger 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

* Quelle: Dominik Hanglberger: Arbeitszeiten außerhalb der Normalarbeitszeit nehmen weiter zu, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 46, Juli 2011

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286,
 Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (nach Rücksprache mit der Redaktion Abdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Weniger 1-Euro-Jobs
 Eine so genannte Arbeitsgelegenheit hatten so viele ALG-II-Empfänger ...

2011	197.459
2010	320.761
2009	313.865
2008	323.870

jeweils im August
 Bundesagentur für Arbeit, August 2011

BILDUNG

Bildungsrepublik Deutschland?
 Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betragen die öffentlichen Bildungsausgaben 2009

Platz	Land	Prozent
1.	Dänemark	8,0%
2.	Schweden	7,3%
25.	Deutschland	4,4%
Ø	EU-27	5,6%

Eurostat, August 2011

GENDER

Frauen bekommen seltener Arbeitslosengeld
 Wer arbeitslos wird*, erhält Arbeitslosengeld I

77,7% (Männer)
 69,1% (Frauen)

*Arbeitslose ohne Hartz-IV-Anspruch, Durchschnittswerte 2010
 Bundesagentur für Arbeit, Juni 2011

GESUNDHEIT

Knochenarbeit macht krank
 Im Schnitt so viele Tage krank waren 2010* ...

Straßenreiniger, Müllwerker	30,0
Krankenpflegehelfer	25,2
Maschinenbauingenieure	6,2
Hochschullehrer, Dozenten	4,8

*Versicherte der AOK
 Wissenschaftliches Institut der AOK, August 2011

EINKOMMEN

Altersarmut nimmt zu
 Von allen Rentnerhaushalten hatten ein Einkommen unter der Armutsschwelle* ...

9,4% (1995)
 11,5% (2009)

*60 Prozent des Medianeinkommens, 1995: 677 Euro, 2009: 870 Euro
 IWH, August 2011

ARBEITSWELT

Kapital und Arbeit bleiben getrennt
 So viele Unternehmen beteiligten ihre Mitarbeiter am ...

Jahr	Gewinn (%)	Unternehmenskapital (%)
2005	9%	2%
2007	10%	2%
2009	9%	1%

IAB, September 2011

MITBESTIMMUNG

Mehr Jobsicherheit mit Betriebsrat
 Vom Arbeitgeber gekündigt wurden im ersten Halbjahr 2008 von den Beschäftigten in privaten Betrieben ...

1,5% (ohne Betriebsrat und Tarifvertrag)
 0,5% (mit Betriebsrat und Tarifvertrag)

Ellguth, Kohaut 2011

ZUFRIEDENHEIT

Mehr Europa erwünscht
 „Die europäischen Staaten sollten ...“

wieder stärker allein handeln

33% (wieder stärker allein handeln)
 64% (mehr gemeinsame Politik machen)

1.002 Befragte in Deutschland
 Infratest-Dimap, September 2011

► **ARBEITSWELT:** Eingliederungsvereinbarungen, die Arbeitslose als Voraussetzung für den Bezug von Arbeitslosengeld abschließen müssen, halten nur selten die Balance zwischen „Fordern“ und „Fördern“: Während die Pflichten der Arbeitslosen häufig konkret benannt würden, blieben die Anforderungen an die Vermittler „eher vage“, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Be-

rufsforschung (IAB). Eine konkrete Vorgabe für die Zahl abgeschickter Bewerbungen mache jede dritte Vereinbarung, für Bezieher von ALG II sogar gut jede zweite. Doch werde selten festgelegt, wie viele Vermittlungsversuche die Arbeitsagentur machen müsse. Mit der Betonung der Kundenpflichten und möglicher Sanktionen folge die Umsetzung der Eingliederungsver-

einbarung „eher einer bürokratischen Logik als der einer kundenorientierten Dienstleistung“, so das Fazit des IAB.
 IAB, September 2011

► **BILDUNG:** Die meisten ausländischen Studenten an deutschen Hochschulen stammen aus China. Von den insgesamt gut 180.000 Studierenden, die ihren Schulabschluss nicht in Deutschland gemacht haben, seien fast zwölf Prozent Chi-

nesen, teilt das Statistische Bundesamt mit. Hochschulere aus Russland, Polen und Bulgarien stellten jeweils fünf Prozent aller Immatrikulierten aus dem Ausland. Mit einem Anteil ausländischer Studenten von neun Prozent an allen Studierenden liege Deutschland im OECD-Vergleich auf dem siebten Rang.

Statistisches Bundesamt, Sept. 2011